Rückenwind für den Mittelstand – gut für unsere Arbeitsplätze

Zum Jahresbeginn 2010 ist das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Kraft getreten. Mit ihm entlastet die Koalition aus CDU, CSU und FDP vor allem kleinere und mittlere Unternehmen. Insgesamt werden die Unternehmen um 3,5 Milliarden Euro entlastet. Das hilft ihnen, die Krise schneller zu überwinden und sichert so Arbeitsplätze.

Wachstumsbedingungen für Unternehmen verbessert:

- Durch die Neuregelungen zur Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern können Unternehmen schon im Jahr der Anschaffung steuerlich profitieren. Das entlastet Unternehmen zusätzlich und fördert Investitionen.
- Die Unternehmensteuerreform wurde weiterentwickelt: So können Verluste nun auch in weiteren Fällen steuerlich geltend gemacht werden (z. B. Fortsetzung der sogenannten „Sanierungsklausel“). Das hilft gerade in der Krise.
- Durch die Zinsabzugsbeschränkung – die sogenannte „Zinsschranke“ wurden bislang die Möglichkeiten zum steuerlichen Abzug von Zinszahlungen eingeschränkt. Zur Entlastung insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen wird die steuerliche Freigrenze jetzt dauerhaft von einer auf drei Millionen Euro erhöht.
- Die Hinzurechnung von Immobilienmieten zum zu versteuernden Gewinn eines Unternehmens bei der Berechnung der Gewerbesteuer wird reduziert. Davon hat gerade der Einzelhandel etwas. Umstrukturierungen und Erweiterungen von Unternehmen werden unter anderem durch Entlastungen im Bereich der Grunderwerbssteuer erleichtert.

Erbschaftsteuerreform krisenfest weiterentwickelt:

Zur Überwindung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise tragen wir mit der Verbesserung der Steuerbefreiungen beim Betriebsübergang bei. Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten (bisher 10) unterliegen nicht mehr der Lohnsummenregelung bei der Erbschaftsteuer. Eine Erbschaftsteuerbefreiung erfolgt bereits bei einer Betriebsfortführung von fünf Jahren.

Die CDU wird den Kurs für mehr Wachstum in Deutschland fortsetzen. So helfen wir dabei, Arbeitsplätze zu sichern. Nur so kommen wir schnell aus der Krise – auch im Interesse der öffentlichen Haushalte.

Die Mitte.

CDU